

Mit Dolmetscher auf der Tribüne

Etwa 100 Flüchtlinge verfolgten auf Einladung des Kulturreferats die Debatte in der Ratsversammlung

VON MARTINA DREXLER

Kiel. Ein bisschen war es so, als ob sich die Ratsversammlung selbst feiert. In der gestrigen Sitzung lobten alle Fraktionen, dass in Kiel ehren- wie hauptamtlich bereits viel getan wird, um Flüchtlinge willkommen zu heißen. Ein Antrag, um die aus Sicht der Kommunalpolitiker noch unzureichende Integration in den Arbeitsmarkt und in Ausbildungsverhältnisse voranzutreiben, wurde einstimmig verabschiedet – unter dem Applaus von etwa 100 Flüchtlingen und deren Dolmetschern auf den Besucherrängen.

Schon vor der Sitzung empfing Oberbürgermeister Ulf Kämpfer die Flüchtlinge, die in Kursen bei der Zentralen Bildungs- und Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten Deutsch lernen, vor dem Rathauseingang. Zur Ratsversammlung eingeladen hatte sie das städtische Kulturreferat, da sich drei Tagesordnungspunkte mit Flüchtlingsfragen befassten. Kämpfer versicherte ihnen: „Wir sind froh, dass Sie da sind und hoffen, dass Sie schnell Fuß fassen, die Sprache lernen und Arbeit finden.“

Dass Kiel mit all seinen Bemühungen, Ausländer aufzunehmen, offenbar so etwas wie eine Vorbildfunktion übernommen hat, ging aus der Geschäftlichen Mitteilung der Stadt hervor: Kiel verfügt über eine vierprozentige Einbürgerungsquote, die deutlich über dem Bundesdurchschnitt von einem Prozent liegt. Als einzige Stadt des Nordens beteiligt sich Kiel an einem zweijährigen Modellprojekt des Bundes, die Ausländerbehörde zuallererst als Anlaufstelle für Rat und Hilfe suchende Einwanderer zu verstehen und entsprechend auszustatten.

Volle politische Rückendeckung findet die Verwaltung auch für ihr dezentrales Unterbringungskonzept und den Kurs, vor allem Familien so schnell wie möglich eigene



Schon vor Beginn der Ratssitzung begrüßten Oberbürgermeister Ulf Kämpfer (Mitte) und der stellvertretende Stadtpräsident Robert Vollborn (hinten links) Flüchtlinge vor dem Rathaus.

Freitag, 22. Mai 2015
Nr. 117

FRANK PETER (2)



Unter stehendem Applaus der Ratsleute verabschiedete Robert Vollborn gestern Wohnungsamtsleiter Manfred Wagner in den Ruhestand.

Wohnungen anbieten zu können. Schnell und unbürokratisch will sie auch bei der Kita-Unterbringung helfen. Zusätzlicher Platz geschaffen wird beispielsweise in der gerade entstehenden Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge am Schusterkrug. Dort werde, betonte Dezernentin Renate Treutel, ein bundes-

weit einmaliges Betreuungsangebot für Kinder und Jugendliche aufgebaut. In diesem Jahr rechnet die Stadt mit etwa 660 Flüchtlingskindern. Kiel sei auf einem guten Weg und leiste mehr als andere Kommunen, lobte die grüne Fraktionschefin Lydia Rudow. Doch man müsse Flüchtlinge dabei unterstützen, Stellen

oder Praktika zu finden. Zwar könnten sie seit der jüngsten Gesetzesänderung nach drei Monaten Aufenthalt in Deutschland arbeiten, müssten aber trotzdem viele Hürden nehmen. SPD-Ratsfrau Lisa Yilmaz verwies darauf, dass Flüchtlinge in Deutschland im Schnitt bis zu acht Jahre warten müssten, um in den Arbeitsmarkt integriert zu werden, in Skandinavien seien es nur drei. In seltener Geschlossenheit richteten SPD, CDU, Grüne, FDP, Linke und SSW daher einen Appell an den Bund, jungen Menschen während der Ausbildung sowie zwei Jahre danach einen gesicherten Aufenthaltsstatus zu gewähren. Die Verwaltung forderten sie auf, mit den Kammern, den Gewerkschaften und Unternehmensver-

bänden nach Möglichkeiten zu suchen, jungen Flüchtlingen und Geduldeten mit Blick auf den demografischen Wandel einen schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt zu verschaffen.

„Vielfalt macht stark“, appellierte Susanna Swoboda (SSW) wie auch Cetin Yildirim von Pickardt (CDU), eher die Chancen statt die Risiken von Zuwanderung zu sehen. Beflügelt durch die große politische Unterstützung warb Stadtrat Gerwin Stöcken (SPD) dafür, im Einsatz für Flüchtlinge auch nicht nachzulassen, wenn im Bremerkamp auf dem Uni-Gelände eine Unterkunft für bis zu 700 Flüchtlinge entsteht. „Keine Lübecker Verhältnisse“ gab er als Lösung aus. Dort wehren sich Bürger gegen den Bau von Flüchtlingsheimen.